

Medienmitteilung von Amnesty International
15.3.2008

Amnesty International fordert eine unabhängige Uno-Untersuchung in Tibet

«Die chinesischen Behörden müssen eine unabhängige Untersuchung der jüngsten Vorfälle in Tibet durch die Uno zulassen», fordert Amnesty International als Reaktion auf die gewaltsame Niederschlagung der Proteste in Tibet. Die sei insbesondere angesichts der völligen Abriegelung der Region in jüngster Zeit nötig wie auch angesichts der Tatsache, dass die Beobachtung der Menschenrechtssituation in China schon lange durch die Behörden behindert werde. «Mit der Situation in Tibet muss auch der derzeit in Genf tagende Uno-Menschenrechtsrat befassen.»

Amnesty International appelliert an die chinesischen Behörden, zurückhaltend auf die Proteste zu reagieren. Ausserdem sollen die Behörden Rechenschaft ablegen über alle Gefangenen, die während der Niederschlagung der Unruhen in Lhasa und in anderen tibetischen Gebieten im Verlauf der letzten Woche festgenommen worden sind. All jene müssen freigelassen werden, die nur deshalb verhaftet worden sind, weil sie auf friedliche Weise ihr Recht auf freie Meinungsäusserungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit wahrnahmen. «Die chinesischen Behörden müssen sich auch mit der tiefer liegenden Unzufriedenheit des tibetischen Volkes auseinandersetzen und die langfristigen politischen Strategien überdenken, die zu dieser Verbitterung geführt haben», erklärte Catherine Baber, Leiterin des Asien-Pazifik-Programms von Amnesty International. Die seit langem andauernde Unzufriedenheit der TibeterInnen gründet unter anderem auf der Erfahrung, von der wirtschaftlichen Entwicklung ausgeschlossen und in der Religionsausübung eingeschränkt zu werden sowie in der Schwächung der Kultur und der ethnischen Identität der TibeterInnen durch die chinesische Politik.

Hintergrundinformation:

Die Unruhen begannen am Montag 10. März, als etwa 400 Mönche vom Drepung-Kloster ins Zentrum von Lhasa marschierten. Sie forderten die Lockerung einer ihnen von der Regierung auferlegten Kampagne. Damit sollten die Mönche zu schriftlichen Denunziationen des Dalai Lama gezwungen und zu Objekten der politischen Propaganda der Regierung gemacht werden. Über 50 von ihnen wurden auf dem Weg in die Stadt verhaftet. Daraufhin entbrannte der Protest in weiteren Klöstern, die sich mit den Verhafteten solidarisierten, und weitete sich anschliessend über Lhasa hinaus auf andere Teile Tibets aus. Dabei schlossen sich auch Laien der Bewegung an. Unter TibeterInnen in den benachbarten Provinzen Qinghai, Gansu und Sichuan soll es ebenfalls Proteste gegeben haben. Die Polizei und das Militär sollen Berichten zufolge Tränengas in die Menge abgefeuert, Protestierende geschlagen und auch mit scharfer Munition geschossen haben, um die Menschenansammlungen aufzulösen. Am Freitag wurden die Proteste in Lhasa gewalttätig, einige Demonstrierende setzten ein Polizeiauto in Brand und zündeten chinesische Geschäfte an. Offizielle Regierungsquellen sprachen von zehn Toten, vor allem unter Geschäftsleuten in Lhasa. Unbestätigte Berichte sprechen von weit mehr Toten und Verletzten. Berichten zufolge ist die ganze Stadt mit einer Ausgangssperre belegt, und alle Geschäfte sind geschlossen. Der Zugang zur Stadt wurde rund um die Stadt mit Checkpoints blockiert, gepanzerte Fahrzeuge und Kontingente der Bewaffneten Volkspolizei patrouillieren durch ganz Lhasa. Gemäss Berichten gehen die Proteste aber weiter. Polizei und Militär haben die drei wichtigsten Klöster in der Region von Lhasa umzingelt. Sie lassen Mönche nicht mehr heraus und schlagen sie, wenn sie es trotzdem versuchen. Mönche vom Sera-Kloster sollen in einen Hungerstreik getreten sein, um den Abzug des Militärs von ihrem Kloster zu fordern. Auch in Indien und Nepal haben friedliche Protestkundgebungen von TibeterInnen stattgefunden. In Indien wurde gegen Protestierende, die an die chinesische Grenze marschieren wollten, ein Unterlassungsurteil ausgesprochen, und sie wurden verhaftet. In Nepal wurden Kundgebungen in Kathmandu gewaltsam aufgelöst; vorübergehend Verhaftete berichteten von Schlägen und anderen Misshandlungen.